

WIRTSCHAFT



Wirtschaftsmagazin
unabhängiger Unternehmer
des Burgenlandes

Aktiv

BURGENLAND

Der Kammerzwang muss weg

RFW: Die Mehrfachmitgliedschaft sofort abschaffen!

Die Zwangsmitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer wird zunehmend in Zweifel gezogen. Immer mehr junge Unternehmer fragen sich nach dem Sinn dieses leidigen Anachronismus: „Wenn die Kammer für mich als Unternehmer konstruktives leistet, werde ich dabei bleiben; tut sie das nicht, frage ich mich, wofür wird sie mir aufgezwungen?“

Schwarz-rotes Korsett

Bereits vor Jahren hat dieses umstrittene Diktat zu einer Urabstimmung unter den Mitgliedern geführt. Es war kein Kunststück, mit dem gesamten „Kammer-Apparat“ und der gewählten

Fragestellung zu einer Mehrheit für die Beibehaltung zu kommen. Allerdings wurde zugesagt, die Mehrfachmitgliedschaften abzuschaffen. Diese Zusage blieb ein leeres Versprechen.

Im Gegenteil: Das Wort der Kammerführung ist offenbar nichts wert, denn - im Gegenteil - statt der Beseitigung der nur belastenden, unsinnigen Mehrfachmitgliedschaft, hievten Schwarz & Rot im Parlament die Zwangsmitgliedschaft in den Ver-

fassungsrang. Zur Absicherung ihrer politischen, finanziellen - und persönlichen Interessen.

RFW

Statt also das Versprechen der Abschaffung der Mehrfachmitgliedschaft einzuhalten, hat man sich „auf ewig“

der verlangt daher, die seinerzeitigen Versprechungen endlich einzulösen. Wenn nicht, wird der RFW eine Initiative zur Abschaffung starten.

Die Zeit ist reif

Gab es vor Jahren entweder eine 50%ige Mehrheit für Rot oder eben Schwarz, haben sie heute Mühe, zusammen diese Quote zu schaffen.

Die Wähler laufen ihnen - wegen der menschenunwürdigen Parteibuchwirtschaft und Machtpolitik - in Scharen davon. Allein bei der letzten EU-Wahl, der ÖVP 3 % und der SPÖ gar 10 %.

Die Zeit ist reif, vor allem für eine andere Politik, vor allem eine für die Leistungsträger,

die Selbstständigen. Die Entlastung muss auch bei der „eigenen“ Interessenvertretung beginnen.

Der Ring Freier Wirtschaftstreibender (RFW) ergreift die Initiative, das Abzocken bei der Mehrfachmitgliedschaft - als ersten Schritt zur Beseitigung des Zwanges - zu setzen. Helft uns dabei, ebenso bei der Vorbereitung der bevorstehenden Kammerwahl.

Wie, das erfährt Ihr auf Seite 8!



den Kammerzwang gesichert.

Die Mehrfachmitgliedschaft, also die Berechtigung der Kammer, einem Mitglied mit mehreren Gewerbeberechtigungen gleich mehrfach Kammer-Grundlagen abzukassieren, ärgert zunehmend die Betroffenen. „Wieso zahle ich den drei- oder vierfachen Beitrag, das ist ein widriges Abzocken, ich habe ja keine Mehrleistung“, kritisieren Zwangsmitglieder.

Der Ring Freier Wirtschaftstreibender

Was Leitl unter „Kleinbetrieben“ versteht Betriebe ab 250 Mitarbeiter unterstützen

„Weil österreichische Unternehmen unverschuldet in die Krise geraten sind, soll mit der neuen „aws-Haftung“ bei Betriebsmittelkrediten geholfen werden“,

freute sich kürzlich in einer Aussen-
dung WKÖ-Chef Leitl. Demnach kön-
nen Unternehmen mit mindestens
250 Mitarbeiter und 50 Millionen (!)
Euro Umsatz nun günstigere Kredite
bekommen.

Nach vielen leeren Versprechun-
gen, wie den „Konjunkturpaketen für
KMUs“, wird nun den Großbetrieben
nochmals und direkt geholfen, für die
„Kleinen“ wird es noch schwerer wer-
den, leistbare Finanzierungen (siehe
laufende Praxis) zu bekommen. Die
Banken leihen lieber jenen, für deren
Kredite der Staat haftet...

Schlagwort KMU

Es kann nicht einfach hingenommen
werden, dass die KMUs als Leis-

tungsträger Großunternehmen und
Konzerne unterstützen. Selbst Rot
und Grün, in der Praxis stets angriffig
auf den Mittelstand, unterstehen sich,
plötzlich die Wichtigkeit des Klein-
betriebes zu erkennen. Erraten, es
stehen Wahlen, diesmal in die Wirt-
schaftskammer, vor der Tür. Für wie
dumm werden eigentlich die kleinsten
Betriebsgrößen gehalten?

Jahrelang weis man seitens der rot-
grünen Parteigranden nicht, was man
den Gewerbetreibenden noch alles
an Belastungen auferlegen kann.
Jetzt, wo man Stimmen maximieren
will, entpuppt man sich zur „Unterneh-
merpartei?“

Land als Unternehmer

Aktuellstes Beispiel, wie ernst
es die SPÖ mit den etablierten
Kleinbetrieben meint, sind die zu-
nehmenden „Landes“Tankstellen:
Kann man eine dümmere Wirt-
schaftspolitik betreiben, indem man
mühsam aufgebaute Familien-
betriebe durch unfairste Konkur-
renz des Landes mit System kaputt
macht? Wie glaubwürdig sind hier
die sozialistischen Funktionäre.
Wie rechtfertigen sie die unsinnigen,
mit Steuermittel finanzierten,
Aktionen eines Herrn Bieler, un-
terstützt vom Landeshauptmann?
Eine klare Antwort, bitte an den
Wahltagen zur WK-Wahl!

Aufwendige Infotour von RMB & kein Grund für WIBAG-Fest ...

„So klug als wie zuvor“

„Groß angekündigt, aber
für die beteiligten Interes-
sierten keine erwarteten,
konkreten Antworten“,
dass ist das Ergebnis einer
Serie von Veranstaltungen,
mit der die Regionalmanagement
Burgenland (RMB) kürzlich aufklären
wollte.

„Was nützt es mir“, so eine Teil-
nehmerin, „wenn mir eine Fülle von
Informationen und Unterlagen, aber
keine Antworten auf konkrete Fra-
gen gegeben werden können“. Diese
Meinung hatte ich nicht allein, denn
andere Gesprächsteilnehmer waren
ebenso enttäuscht.

Was soll es, wenn einem signa-
liert wird, dass jeder Fall an-
ders ist, wenn man von einer der
betroffenen Förderstellen zur
anderen gereicht wird? In der Praxis
von der Austria Wirtschaftsservice
(aws), der WIBAG, der RMB, der

Leere RMB-Kilometer: Keine konkreten Antworten - Fördermanager selbst überfordert



Kammer und schließlich
hat jeder noch seine Bank.
Wenn man zwischen all die-
sen Stationen hin- und her
geschickt wird, was soll
da noch an Erfolg und Zu-
versicht übrig bleiben? Mich wundert
es nicht, dass nur eine sehr geringe
Quote an Selbstständigen eine För-
derung bekommt, weil den Interes-
sierten bei diesem Prozedere irgend-
wann die Geduld reißt...

Man kommt unweigerlich zur
Auffassung, dass jeder sein
(politisches?) Süppchen kochen
möchte. Nur, viele Köche verderben
auch hier den Brei.

„Jedenfalls verstehe ich immer mehr
die Kritik an dem leidlichen Thema
Förderungen, ich will selbstständig
sein, meinen Job und auch für
andere Mitbürger Arbeitsplätze
schaffen und fühle mich zum
Bittsteller degradiert....“

SPÖVP-Wirtschaftspolitik

Die von Niessl & Co täglich von ORF und BKF, und sonstigen Medien verbreiteten Meldungen von der perfekten Wirtschaftsförderung ist - wieder einmal - entlarvt:

Im Vergleichsmonat Mai waren um 22,2% mehr Arbeitslose im Vergleich zu 2008 gemeldet. Auch wenn der Anstieg unter dem Österreichdurchschnitt liegt, zeigt sich eines sehr

wurde. Dadurch hätten Kleinbetriebe bereits seit mehr als zehn Jahren davon profitiert.“

Rot & Schwarz: Nichts gelernt

„Wenn man die heutigen Zeitungen aufschlägt“, so Michlits, „merkt man, dass die klein gewordenen Großparteien, immer noch die gleichen Fehler machen: Seitenweise wird „stolz“ über

Ziel-1, Phasing out, mehr Arbeitslose 760 offene Stellen weniger

deutlich: Die Förderpolitik ist massiv gescheitert! Das Burgenland hat im letzten Jahrzehnt von der EU und der damit verbundenen Kofinanzierung des Bundes über Summen verfügt wie kein anderes Bundesland. Wenn die Mittel richtig eingesetzt worden wären, hätte es ganz andere Wirtschaftsdaten geben müssen.

RFW behält Recht

„Der Ring Freier Wirtschaftstreibender (RFW) hat die Mittelvergabe immer als zu einseitig, weil völlig falsch, heftig kritisiert. Leider bekommen wir immer mehr recht“, sagt der stellvertretende Obmann Ing. Günther Michlits. „Die Gelder verlangten wir in einer einheitlichen Förderquote, was von Rot & Schwarz immer abgelehnt

die Millionenförderungen bei Großbetrieben, Techno-Zentren, Thermalanlagen, Infrastrukturen, etc. etc. berichtet“. Förderquoten von 25 % und mehr. Und was bekommt der Kleinbetrieb? Almosen, wenn überhaupt, und dies bei einem Spießrutenlauf sondergleichen, der natürlich einem prominenten Großunternehmer erspart bleibt, weil der Landeshauptmann und seine WIBAG-Experten ja schon die öffentlichkeitswirksame Eröffnungsfeier im Hinterkopf haben. Über die berechnete Enttäuschung tausender Kleinbetriebe, die diese Politik satt haben, darf sich keiner wundern.

„Das EU-Wahlergebnis gibt mir Recht, und es wird, was mich freut, noch dicker kommen“, denkt Michlits an die nächste Wahl.



Del. WP Karl Simon

Millionen, auf dem Rücken anderer....

Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht der eine oder andere sich wichtig haltende Politiker, vornehmlich der linken Provenienz, höhere Löhne, die Anhebung der Arbeitslosenunterstützung, die Abschaffung der (angeblichen) Zweiklassenmedizin, eine „humane“ Zuwanderung und deren verstärkte staatliche Hilfestellung, wie überhaupt eine völlig neue, großzügige Sozialpolitik, fordert.

Die Medien strotzen nur so von Berichten über die Millionen für Technozentren, Thermen & Tourismusprojekte, Kulturaktionen, Infrastrukturen, Industriegiganten, utopischen Sportanlagen- und natürlich aufwendigen Bankensanierungen...

Gleichzeitig vergeht kaum ein Tag, wo nicht die gleichen linken Politstrategen, egal ob Rot oder Grün, die Forderung nach einer Vermögenssteuer, einer Zuwachsteuer oder zumindest die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer erheben. Das Maß ist voll von dieser Politik der Gigantomanie und ihrer unreflektierten Medienberichterstattung. Wir schreiben wie es ist!

Wenn man sich all die plakativen Utopien nicht leisten kann, darf man sich auch nicht der Naivität hingeben, dass sich die Klein- und Mittelbetriebe - und die müssen als Leistungsträger diese miese Umverteilung erst verkraften - die haarsträubende Strategie von Linksparteien & Medien gefallen lassen. Am 7. Juni hats der Wähler bewiesen!



Für Besondere sucht AMS Besonderes

„Extrawurst“ Gesundheitszentrum Sauerbrunn

Der ORF berichtete:

Für das Gesundheitszentrum in Sauerbrunn sucht das AMS die Bewerber für Jobs. Für alle erforderlichen Stellen. Von der Rezeptionistin bis zur Reinigungskraft.

„Und alle werden auch vom AMS geschult, speziell geschult. Auf die soziale Kompetenz, bei dieser Kommunikation eine Selbstverständlichkeit, legt der Direktor, versteht sich, viel Wert.“ „Viel Wert“ ist auch, dass der SPÖ-Klubobmann diese Initiative unterstützt. Womit, ob durch politische Intervention, ob aus der Klubkasse



oder gar aus seiner eigenen Tasche - war aus der sorgfältig gestalteten ORF-Presseaussendung nicht erkennbar.

Viel Wert würden viele Burgenländische Kleinbetriebe auf diese besondere Betreuung auch legen, aber sie investieren keine 28 Millionen Euro und beschäftigen keine 80 Mitarbeiter. Daher müssen sie sich die Suche und die Ausbildung ihrer künftigen Mitarbeiter selber besorgen. Und dafür gibt es auch keinen ORF-Bericht oder Kommentar, weil kein SP-Klubobmann diese Initiative(n) „unterstützt“!

Verwunderte Baumarkt-Lieferanten

„Jó napot kívánok oder speak english!“

„Jó napot kívánok“ meldete sich die Angestellte im Büro des Einkaufs eines bekannten österreichischen Baumarktes.

Die verdutzte Anruferin stellte sich - wie ungewöhnlich - nochmals in deutscher Sprache vor. Die Baumarktlady verstärkte ihr „Jó napot...“, und erwartete eine ungarische Antwort. Nachdem ihr - völlig unverständlich - dieser Wunsch nicht erfüllt wurde, keuchte sie so etwas wie „speak english“ ins Telefon und legte genervt auf.

„Haben wir nicht genug

deutsch sprechende Arbeitslose“, fragt sich mit Recht die Lieferantin der Baumarktkette. Angeblich „lehrt“ das AMS mit aufwendigen Kursen, oder lernt man dort nur Bewerbungsschreiben formulieren?

Jedenfalls wird man gleich als Ausländerfeind denunziert, wenn man derartiges aufzeigt oder als Feind der Zuwanderung.

Wir schreiben es trotzdem, weil wir schreiben wie es ist, und wie immer mehr - siehe Wahlgänge - unserer Ansicht sind.

Agrarförderung - ähnlich dem Gewerbe Hälfte der Betriebe weniger als EUR 5.000,--, aber

143.000,-- Euro für Nebenjob“

Nicht viel besser als den Gewerbetreibenden dürfte es den Bauern im Lande bei den Förderungen, insbesondere jener der EU, gehen.

Zwischen Oktober 2007 und Oktober 2008 erhielten 6.805 Betriebe EU-Agrarförderungen. Die Hälfte davon bekam weniger als 5.000 Euro. Ein Prozent erhielt mehr als Euro 100.000,-. Neben dem „Spitzenreiter, dem Gut Waldbott-Bassenheim mit 918.000 Euro, konnte sich auch der neue Agrarminister freuen: Sein Familienbetrieb erhielt 143.000 Euro, als „Zubrot“ zur Ministergera-

ge, Dienstaute und Chauffeur, versteht sich....

Die Enttäuschungen, auch der selbstständigen Wähler, werden immer größer. „Ist es ihnen zu verdienen?“

Jobsuche

Absolventin der Bundesfachschule für Wirtschaftliche Berufe (Englisch, EDV-Kenntnisse, Führerschein B) sucht Job im Bezirk Oberwart. Näheres: office@rfw-bgld.at

Stiefkind Kleinbetrieb

AMS lehnt(e) Hilfe ab

RFW fordert Umdenken

„Geld für Arbeitslose hat es, für unnötige Kurse derselben auch, für Kleinbetriebe bei Bedarf aber kein Herz“, gemeint ist das AMS-Burgenland.

Das empfindet zu Recht ein junger Tischlermeister aus dem Bezirk Neusiedl, der kürzlich die Unterstützung des staatlichen Arbeitsvermittlers in Anspruch nehmen wollte: Nachdem er - erstmals - einen Mitarbeiter suchte, den Umfang dessen künftiger Auslastung aber noch nicht abschätzen konnte, bat er um Vermittlung einer Halbtagskraft. Da dies am Interesse des AMS wie potenzieller Interessenten scheiterte, inserierte der Jungunternehmer. Ein ungarischer Bewerber meldete sich prompt.

Wieder scheiterte die Betriebs-hilfe am AMS: Eine angestrebte Beschäftigungsgenehmigung wurde abgelehnt!

„In Zeiten wie diesen“, so RFW-Obmann-Stellvertreter Ing. Günther Michlits, eine unverständliche Entscheidung. Statt

alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Betriebe zu unterstützen - um die Krise zu überstehen - werden stereotyp kleinunternehmerfeindliche Entscheidungen getroffen. „Natürlich“, so Michlits, „verstehe ich, dass man Ganztagsjobs und Inländer vorrangig vermitteln will. Wenn dies aber fallweise nicht gelingt, darf man gerade einen im Aufbau befindlichen Gewerbebetrieb nicht an politischen Vorstellungen scheitern lassen. Und: Was haben sich die AMS-Manager bei den Ausländer-Beschäftigungsgenehmigungen, beispielsweise bei den südburgenländischen Industriebetrieben, gedacht?“

Der Ring Freier Wirtschaftstreiber (RFW) fordert das AMS auf, umgehend die diskriminierende Politik gegen Kleinbetriebe aufzugeben. „Denn“, so Michlits abschließend, „vor allem diese Betriebsgröße gibt gerade dem AMS-Burgenland überhaupt die Chance zur Realisierung seiner Aufgaben.“

EUROSTAT widerlegt Niessl

Industrie-Präsident Frantsits bemerkte kürzlich, dass die EU dem Burgenland bislang 2 Mrd. Euro, also das doppelte Landesbudget, überließ. Eine Summe, die neben sonstigen Presseaussendungen auch stets Thema der Sonntagsreden des Landeshauptmannes ist. Allerdings: Die zunehmend geäußerte Schönfärberei erfährt von objektiver Stelle die längst notwendige Korrektur: Das EU-Statistikamt EUROSTAT attestierte dem Burgen-

land das „Schlusslicht“ beim regionalen BIP. Mehr noch: das Burgenland hat sich - im internationalen Ranking - gar noch verschlechtert. Unser Land schaffte es als einziges Bundesland Österreichs nicht, über den EU-Schnitt zu kommen. Die langjährige RFW-Kritik wird bestätigt: Die „Milliarden“ fließen in falsche Betriebsgrößen, denn sonst müssten bei so viel Aufwand die Ergebnisse anders aussehen.

Wirtschaftsparlament Nachlese

Schadenfroh freute sich die „Kammerzeitung“ kürzlich, dass RFW-Obmann Karl Simon es nicht mehr rechtzeitig schaffte, beim Wirtschaftsparlament seinen Antrag zu Gunsten der Privattankstellen persönlich vorzutragen. Ein wichtiger Termin in Oberösterreich und ein Verkehrsunfall auf der Autobahn hinderten ihn daran.

Der Antrag wurde trotzdem behandelt, denn Simon hatte ihn rechtzeitig schriftlich eingebracht, und er wurde auch einstimmig angenommen. Das ist das Entscheidende an der Sache - und der Unterschied zu den „Schadenfrohen“: Während die vom ÖVP-Wirtschaftsbund dominierte Kammer schlief, sorgte sich der Ring Freier Wirtschaftstreiber mit Karl Simon durch permanenten Einsatz um die Anliegen der privaten Tankstellenbetreiber. Das wissen die Betroffenen. Und: Während der ÖVP-Wirtschaftsbund-Kammerpräsident Nemeth mit dem Dienstwagen-Mercedes und Chauffeur zur Sitzung kutschiert wird, muss ein „einfacher Kämpfer für die Anliegen des kleinen Mannes“ selbst ans Steuer. Und da kann es - nach 20 Jahren Engagement - schon einmal vorkommen, dass man einen Termin nicht rechtzeitig schafft...



WIBAG: EU - Millionen in die falschen Betriebe ...

Kein guter Dienst an der Jugend

Rot & Schwarz verschlechtern Lehrlingsförderung

Was geben fast täglich - vor allem Politiker der SPÖ - alles an „Leistungen“ für zusätzliche Lehrplätze von sich. Viel mehr hätten sie selbst „leisten“ können, hätten sie die bestehende Lehrlingsförderung nicht verkompliziert - und deutlich verschlechtert.

Jedenfalls kam es zur Kürzung der Förderungen; es ist zu befürchten, dass Betriebe daraus ihre Konsequenzen ziehen - und weniger oder gar keine Lehrlinge einstellen. Offenbar aus Politgründen werden jetzt hohe Summen in „Alternativlösungen“ gesteckt. Jetzt wurde ein „9-Millionen-Euro-Paket“ geschnürt, mit dem 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für jene geschaffen werden soll, die keine Lehrstelle in einem Betrieb bekommen.

Die neuen Förderrichtlinien für Lehrlinge besagen folgendes: An Stelle der bisherigen Lehrlingsausbildungsprämie von 1.000 Euro jährlich tritt nun eine Basisförderung. Die-

se beträgt je nach Lehrjahr (nur mehr) eine bis maximal drei Lehrlingsentschädigungen.

Weiters wurde der bisherige Blum-Bonus, der jede zusätzliche Lehrstelle mit max. 400 Euro pro Monat gefördert hat, in eine Prämie von jeweils 2.000 Euro jährlich umgewandelt. Der „wunde“ Punkt dabei: Die 2.000 Euro erhalten nur mehr die Betriebe, die das erste Mal, oder nach drei Jahren Unterbrechung, wieder ausbilden.

Für Karl Simon, Obman des Ringes Freier Wirtschaftstreibender (RFW), dessen Betrieb seit Jahrzehnten Lehrlinge ausbildet - wie für zahlreiche seiner Kollegen - eine herbe

Enttäuschung: Im Vergleich zu bisher, erhalten Lehrbetriebe also lediglich einen Bruchteil der bisherigen Unterstützung. Eben dann, wenn sie schon lange treu dem bewährten Prinzip der dualen Berufsausbildung, gedient haben!

Die Konsequenz aus obigem Rückschritt: Statt mehr, werden weniger Lehrplätze geschaffen, weil sich so Betriebe Lehrlinge nicht mehr leisten können. Die so genannte „neue Initiative zur verbesserten Lehrlingsförderung“ kann nur von jenen erfunden worden sein, die selbst noch keine Lehrlinge ausgebildet haben.

Superförderung für 1000 Stellen ohne Betriebe?

Obige Diskriminierung bewährter Lehrbetriebe ist kein Zufall sondern politisches Kalkül: Man braucht das den Betrieben vorenthaltene Geld für Jugendarbeitsplätze, die mit politischer Einflussnahme entstehen sollen: 9 Mill. Euro für 1.000 „Ausbildungsplätze“?

Wieviele Lehrstellen zusätzlich hätten mit dieser Summe Privatbetriebe geschaffen? Offenbar ist dies aber nicht wirklich Anliegen für Rot & Schwarz. Im Gegenteil, es kommt noch dicker: Die jetzt eingeführte Erbringung eines „Leistungsbeweises“ ist für den RFW nicht nachvollziehbar, weil dieser längst durch das duale System - Berufsschule & Betrieb - erfolge. Außerdem weiß keine betroffene Institution darüber Bescheid, wie diese zusätzliche „Prüfung“ in der Praxis erfolgen kann und soll.

Simon: „Es wäre endlich an der Zeit, bei Neuerungen durch die Politik, an die Zweckmäßigkeit, Effizienz und schließlich an jene zu denken, welche mit ihrer Erfahrung die Kompetenz besitzen, junge Menschen für die Zukunft wirklich zu qualifizieren.“

Rechenbeispiel:

KFZ-Lehrling im 1. Ausbildungsjahr in einem Betrieb der regelmäßig Lehrlinge ausbildet:

Altes Modell

Lehrlingsausbildungsprämie:	€ 1.000,-
12 x 400 € Blum-Bonus:	€ 4.800,-
	jährlich € 5.800,-

Neues Lehrlingsgesetz

Basisförderung - 3 x Lehrlingsentschädigung	
3 x € 477,71 -	jährlich €
1.433,13	

Differenz: € 4.366,87

Ihre Experten für Versicherung, Vorsorge und Vermögen.

Vertrauen Sie der Allianz. Wir sorgen dafür, dass Sie mit Sicherheit mehr erleben.

Nähere Informationen erhalten Sie in der

Allianz Burgenland

Rusterstrasse 8, 7000 Eisenstadt
Tel. (059009) 83 038

Hoffentlich Allianz.



Große Probleme mit dem Begriff „Volkswirtschaft“ dürften jene so genannten Experten haben, die plötzlich eine überregionale Verkehrsverbindung zwischen Eisenstadt und Neusiedl (und dazu zählt auch eine geeignete Umfahrung von Schützen) als „nicht rentabel“ bezeichnen.

„Soll es etwa „rentabel“ sein, wenn auch in den nächsten Jahrzehnten der immer stärker werdende Verkehr (noch schlimmer gemacht durch zusätzliche Verkehrsbeschränkungen) durch alle betroffenen Dörfer führt“, fragt Ing. Günther Michlits, Landesobmann-Stellvertreter des RFW-Burgenland.

Nicht nur unzumutbare Belastungen für die Ortsansässigen, sondern vor allem für jene Verkehrsteilnehmer, die täglich gezwungen

zirkeln Oberpullendorf und Mattersburg angestellt? Hätte man, wäre nie die - jetzt selbstverständliche und längst bewährte - S-31

B 50 - S 31 - Diskussion: Rentabilitätsberechnung bei Menschenleben?

RFW kritisiert einseitige Betrachtung Experten sollen einen Monat täglich fahren...“

sind, diese Strecke zu nehmen. Und Michlits fragt weiter: „Hat man diese völlig einseitigen Betrachtungen auch seinerzeit in den Be-

entstanden.“
Wie praxisfern die erfolgte Untersuchung angestellt wurde, geht schon aus der lakonischen Empfehlung

„Alternative Bahn“ hervor. Wie sollte dies gerade hier ernsthafterweise funktionieren.

Appell von Günther Michlits: Mehr Objektivität und vor allem Praxisnähe täte allen beteiligten „Experten“ gut, denn niemand versteht - weder in Neusiedl noch in Oberpullendorf - wieso die S-31 zwischen beiden Bezirken nicht längst durchgehend für Pendler, Wirtschaft und Tourismus Realität ist?

**Wer mit
Rot & Schwarz
nicht zufrieden ist,
dem machen wir
ein Angebot: RFW**

„Landes“-Tankstellen Offener Brief an Bieler

Dem Landesrat gingen die Argumente aus

Nach einer kürzlichen Pressekonferenz von RFW-Landesobmann Karl Simon hieß es im Kurier vom 28. Mai 2009, Seite 19 - Überschrift - Landestankstellen - billiger Diesel entflammt Streit: **„Bin jederzeit zu Gesprächen mit den Tankstellenbetreibern bereit,“** Helmut Bieler, Landesrat.

Daraufhin wurde Bieler - in einem offenen Brief - mit jenem (eingeschriebenem) Schreiben konfrontiert, dass 32 Tankstellenbetreiber mit etwa 40 Betrieben unterfertigt haben und um einen Aussprachetermin ersuchten. Der Aufgabeschein trägt das Datum 18. Feber

2009 (!!!).
„Warum sagen Sie die Unwahrheit“, hieß es daher

Versprechen einzulösen, nämlich die betroffenen Tankstellenbetreiber anzuhören.

Angst vor einem Gespräch hat, ist fehl am Platz.

Wahrscheinlich ist Bieler inzwischen dahinter gekommen, dass man Diesel dann leicht billiger verkaufen kann, wenn der Steuerzahler Personal- und Lohnnebenkosten trägt. Selbst die „roten“ Tankstellenbetreiber signalisieren ihren Unmut ungeniert: Ein „Finanzlandesrat“ ohne Wirtschaftskompetenz...

Dass er damit aber bodenständige Betriebe mit System kaputt macht, ist ihm offenbar egal. Aber: Vielleicht ist der nächste Wahltag - der Zahltag!



im offenen Brief weiter. Bieler wurde erneut aufgefordert, seine bislang leeren

Antwort (nach vier (4 !) Wochen: **Null!**
„Wer in einer Demokratie

Wir wollen die Kammer ändern

K O M M M A C H M I T !

“Hand aufs Herz”, wie oft haben Sie sich schon gefragt, “was hab ich eigentlich von der Wirtschaftskammer?” Außer, dass ich Umlagen zahlen muss? Muss - weil ich Zwangsmitglied bin.

Der RING FREIER WIRTSCHAFTSTREIBENDER (RFW)

verlangt:

- Mittelfristig die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft;
- Als ersten, umgehenden Schritt die sofortige Beseitigung der Mehrfachmitgliedschaften (niemand versteht, dass man bei mehreren Gewerbescheinen mehrfach Mitglied sein - und mehrfach zahlen - muss);
- Wirksame KMU-Hilfe statt dem kraftlosen „Kraftpaket“ in der aktuellen Wirtschaftskrise;
- Immer mehr Kleinbetriebe fragen sich, „warum spart die Kammer nicht mit unserem Geld“?

Nur drei von vielen Beispielen:

- Muss das Kammerpräsidenten-Jubiläum „Kammerzeitung“ wirklich 25 mal jährlich als Hochglanzmagazin (zur permanenten Wahlwerbung) erscheinen?
- Wozu braucht ein „Selbstverwaltungskörper“, wie die Wirtschaftskammer, für den Präsidenten einen Dienst-Mercedes mit Chauffeur?
- Wofür der sündteure Kammerneubau, vielfach für Fremdveranstaltungen und Untermieter genutzt, und - inzwischen nicht mehr im Kammereigentum?

Kammerwahl steht bevor:

Die Kammer ändern: Komm mach mit!

Der gewaltige Wählerschwund zeigt: Alternativen werden gebraucht. Und da neben der SPÖ auch die ÖVP verloren hat, besteht die Gefahr: Die Verliererparteien werden - gegen die Interessen der KMUs - auch in der Kammer zusammenrücken um ihre genutzten Pfründe zu retten!

Der RFW setzt sich als parteiunabhängige Unternehmervertretung gegen die Zwangsabzockerei ein. Jeder der uns dabei helfen will, ist herzlich willkommen. Egal ob als Wähler oder als Aktiver in der Kammerorganisation. Kontaktieren Sie uns:

RFW-Burgenland, 7000 Eisenstadt, Robert Graf-Platz 1,
E-Mail: office@rfw-bgld.at;
Fax 02682/61065-4; Telefon: 0676/7341310

Es ist Zeit zum Handeln!

Karl Simon,
Del. WP & Landesobmann
RFW-BURGENLAND

**Wer mit
Rot & Schwarz
nicht zufrieden ist,
dem machen wir
ein Angebot: RFW**

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: RFW-Burgenland
7000 Eisenstadt, Robert Graf Platz 1; ZVR-Nr.411779403
Druck: Druckerei PRO-Media Kummer GmbH
Stiftsgasse 81, 7123 Mönchhof; www.pro-media.cc

DVR Nr. 0903132